

Generaldirektion Wissenschaftlicher Dienst  
Direktion Bibliothek und Wissensdienste  
Referat Bürgeranfragen

16/03/2023

Sehr geehrte Dame,

sehr geehrter Herr,

die Präsidentin des Europäischen Parlaments Roberta Metsola bestätigt den Eingang Ihrer Nachricht.

Das Referat Bürgeranfragen (AsKEP) wurde gebeten, Ihnen zu antworten.

Ihre Ausführungen zum neuen EU-Rechtsvorschlag der Europäischen Kommission zur Prävention und Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet wurden aufmerksam gelesen.

### **Schutz der gemeinsamen europäischen Werte im digitalen Bereich**

Während sich das Europäische Parlament seit langem für ein sichereres Internet für Kinder einsetzt, verteidigt es ebenfalls die Privatsphäre und den Datenschutz im Internet.

In einer [gemeinsamen Erklärung](#) vereinbarten die drei EU-Institutionen, dass sie einen digitalen Wandel auf Grundlage der europäischen Werte und Grundsätze fördern möchten. Dazu gehört beispielsweise der Grundsatz des Schutzes der Privatsphäre und der individuellen Kontrolle über Daten. Zu diesem Anlass hob Präsidentin Metsola hervor: „Wir wollen Europa fit für das digitale Zeitalter machen. Diese Erklärung [...] stellt sicher, dass unsere Werte auch im digitalen Bereich gelten.“ (Übersetzung aus dem Englischen)

### **Neuer Gesetzesvorschlag der Europäischen Kommission**

Im Rahmen einer neuen EU-Strategie zu einer wirksameren Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet [veröffentlichte](#) die Kommission im Mai 2022 einen [Gesetzesvorschlag](#). Dieses Gesetz würde Onlinedienstanbieter verpflichten, Inhalte über sexuellen Missbrauch von Kindern zu identifizieren, zu melden und zu entfernen. Sie müssten das Risiko des Missbrauchs ihrer Dienste einschätzen und Maßnahmen ergreifen, um es zu minimieren. Der Vorschlag sieht auch die Einrichtung einer dezentralen EU-Agentur zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern vor.

Laut der zuständigen [EU-Kommissarin für Inneres](#) Ylva Johansson erlaubt der Gesetzesvorschlag kein allgemeines und wahlloses Scannen von Inhalten aller Arten elektronischer Kommunikation. Der Freiraum bei Ermittlungen zu verdächtigen Inhalten sei sehr begrenzt, und das Verfahren unterliege strengen Bedingungen und Garantien. Der Vorschlag sieht außerdem vor, dass die Anbieter Technologien einsetzen, die am wenigsten in die Privatsphäre eingreifen.

---

Weitere Informationen darüber, wie die Europäische Kommission beabsichtigt, die Privatsphäre zu schützen, sind auf der [Webseite](#) verfügbar.

### **Nächste Schritte im Gesetzgebungsverfahren**

Im nächsten Schritt müssen das Europäische Parlament und der Rat über den Vorschlag abstimmen. Im Parlament wurde das [Dossier](#) dem Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres ([LIBE](#)) zugewiesen, der erst kürzlich mit der Arbeit des Berichtsentwurfs begonnen hat.

Hierbei möchten wir anmerken, dass gemäß [Artikel 2 des Abgeordnetenstatuts des Europäischen Parlaments](#) Europaabgeordnete ihr Mandat frei und unabhängig ausüben. Weder das Parlament noch seine Präsidentin sind befugt den Abgeordneten vorzuschreiben, wie sie abstimmen noch wie sie ihre politischen Tätigkeiten ausüben sollen.

Wir danken Ihnen, dass Sie sich an die Präsidentin des Europäischen Parlaments gewandt haben.

Mit freundlichen Grüßen,



Referat Bürgeranfragen  
[www.europarl.europa.eu/askEP/de](http://www.europarl.europa.eu/askEP/de)

### **Kontakt**

Wenn Sie uns erneut kontaktieren möchten, können Sie auch unser Kontaktformular im Internet unter [www.europarl.europa.eu/askEP](http://www.europarl.europa.eu/askEP) verwenden.

### **Haftungsausschluss**

Die Mitteilungen, die das Referat Bürgeranfragen des Parlaments veröffentlicht, sind keine Rechtsberatung und dienen ausschließlich zur Information.

### **Datenschutz**

Wir behandeln Ihre Nachricht gemäß den Vorschriften für die Verarbeitung personenbezogener Daten durch die EU-Organe (Verordnung (EU) 2018/1725). Weitere Informationen finden Sie in unserer Datenschutzerklärung.

## Datenschutzerklärung

Auf die Verarbeitung personenbezogener Daten durch das Europäische Parlament finden die Artikel 15 und 16 der Verordnung (EU) 2018/1725 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2018 Anwendung.

### 1) Wer verarbeitet Ihre personenbezogenen Daten?

Als Verantwortlicher<sup>1</sup> handelt das Europäische Parlament. Das Referat Bürgeranfragen (Ask EP) verarbeitet die personenbezogenen Daten. Es wird vertreten durch die Referatsleitung. Wenn Sie sich an den Verantwortlichen wenden möchten, verwenden Sie bitte folgendes Kontaktformular:

<https://www.secure.europarl.europa.eu/atyourservice/de/askEP.html>.

### 2) Welchem Zweck dient die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten?

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten dient der Bearbeitung Ihrer Nachricht. Darunter fällt das Verfassen einer Antwort und die Verarbeitung Ihrer Daten zu statistischen Zwecken.

Unserer Antwort an Sie fügen wir möglicherweise eine Umfrage zur Kundenzufriedenheit bei. Die Teilnahme daran steht Ihnen frei. Mit der Teilnahme stimmen Sie der Erhebung und Verarbeitung Ihrer anonymisierten Daten zu. Durch Ihre Antworten können wir unser Angebot für die Bürgerinnen und Bürger verbessern.

### 3) Auf welcher Rechtsgrundlage erfolgt die Verarbeitung?

Rechtsgrundlage der Verarbeitung ist Artikel 24 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union: „Jeder Unionsbürger kann sich schriftlich in einer der in Artikel 55 Absatz 1 des Vertrags über die Europäische Union genannten Sprachen an jedes Organ oder an jede Einrichtung wenden, die in dem vorliegenden Artikel oder in Artikel 13 des genannten Vertrags genannt sind, und eine Antwort in derselben Sprache erhalten.“

### 4) Welche personenbezogenen Daten werden verarbeitet?

Wir verarbeiten die personenbezogenen Daten, die Sie uns mit dem [Kontaktformular](#) übermitteln:

- Pflichtfelder: „Name“, „Vorname“, „Wohnsitzland“, „E-Mail“, „In welcher Amtssprache der Union verfassen Sie Ihre Frage?“ und „Frage“.
- Optionale Angaben: „Geschlecht“, „Straße“, „Postleitzahl“, „Ort“, „Beruf“, „Staatsangehörigkeit“ und „In welcher anderen Sprache dürfen wir Ihnen antworten?“.

### 5) Wie werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet?

Ihre Daten werden vom Referat Bürgeranfragen verarbeitet. Um Ihnen so gut wie möglich zu antworten, leiten wir Ihre Nachricht möglicherweise an eine andere Dienststelle des Parlaments oder an andere Organe oder Einrichtungen der EU weiter.

### 6) Wie lange werden Ihre personenbezogenen Daten gespeichert?

Wir speichern Ihre personenbezogenen Daten höchstens für fünf Jahre. Anschließend werden sie vernichtet. Auf diese Weise können wir Ihre Frage so gut wie möglich beantworten, da wir auf einen möglichen vorherigen Kontakt mit Ihnen zurückgreifen können.

### 7) An wen werden Ihre personenbezogenen Daten weitergegeben?

Im Sinne einer möglichst guten Antwort können wir Ihre Nachricht und Kontaktdaten an eine andere Dienststelle des Parlaments oder an andere Organe oder Einrichtungen der EU weiterleiten, insbesondere an unsere Kolleginnen und Kollegen bei der Europäischen Kommission (Europe Direct) und dem Rat der Europäischen Union (Dienststelle „Information der Öffentlichkeit“).

Sollte Ihre Nachricht Drohungen oder Einschüchterungen enthalten, können wir Ihre personenbezogenen Daten an die für Sicherheit und Gefahrenabwehr zuständigen Dienststellen des Parlaments weitergeben.

### 8) Werden Ihre personenbezogenen Daten an einen Drittstaat außerhalb der EU oder eine internationale Organisation weitergegeben?

Nein, wir geben Ihre personenbezogenen Daten nicht an Drittstaaten außerhalb der EU oder internationale Organisationen weiter.

### 9) Wird eine automatisierte Verarbeitung<sup>2</sup> bzw. „Profiling“<sup>3</sup> eingesetzt, um Entscheidungen zu treffen, die sich auf Sie auswirken könnten?

Nein.

### 10) Aus welcher Quelle stammen die personenbezogenen Daten, wenn sie nicht von Ihnen übermittelt wurden?

Nicht zutreffend.

### 11) Welche Rechte haben Sie?

- das Recht auf Auskunft über Ihre personenbezogenen Daten,
- das Recht auf Berichtigung Ihrer personenbezogenen Daten und, falls zutreffend,
  - das Recht auf Löschung Ihrer personenbezogenen Daten
  - das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung
  - das Recht, gegen die Verarbeitung Widerspruch einzulegen
- das Recht, sich unter [data-protection@europarl.europa.eu](mailto:data-protection@europarl.europa.eu) an den Datenschutzbeauftragten des Europäischen Parlaments zu wenden
- das Recht, über [edps@edps.europa.eu](mailto:edps@edps.europa.eu) Beschwerde beim [Europäischen Datenschutzbeauftragten](#) einzureichen

---

<sup>1</sup> Verantwortliche sind die zuständigen Behörden, Agenturen oder sonstigen Einrichtungen, die allein oder gemeinsam mit anderen über die Zwecke und Mittel der Verarbeitung von personenbezogenen Daten bestimmen. Der Verantwortliche wird durch den Leiter der Funktionseinheit vertreten.

<sup>2</sup> Vollständig automatisierte Entscheidungsfindung ohne jegliches Eingreifen eines Menschen.

<sup>3</sup> Beim Profiling werden Aspekte der Persönlichkeit, des Verhaltens, der Interessen und der Gewohnheiten einer Person analysiert, um Vorhersagen oder Entscheidungen über sie zu treffen. Verwendet wird es zur Analyse oder Vorhersage von Aspekten hinsichtlich ihrer Arbeitsleistung, ihrer wirtschaftlichen Lage, Gesundheit, persönlichen Vorlieben oder Interessen, Zuverlässigkeit oder ihres Verhaltens, Standorts, Bewegungsprofils usw.